

## **Kommentar der BI zum Artikel aus dem Markt vom 07.02.2015 „Hin zur sachlichen Diskussion“**

Herr Elbers spricht von Sachlichkeit, doch dazu gehört in erster Linie, keine Unwahrheiten zu verbreiten, denn es entspricht nicht der Wahrheit, dass niemand der Bürger auf ihn zugegangen ist.

Im vergangenen Jahr wollte eine Familie aus der Ladestraße mit Herrn Elbers wegen der Tierhaltung Kontakt aufnehmen, das Treffen wurde kurzfristig von dem Landwirt abgesagt.

Erste Aktion der BI war es, auf Herrn Elbers zuzugehen und mit ihm im Gespräch zu versuchen, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Herr Elbers hat jedoch rigoros abgelehnt, mit unseren Vertretern, Herrn Beier und Herrn Bohnhoff, zu sprechen. Diese ablehnende Haltung war für uns die Voraussetzung, um überhaupt an die Öffentlichkeit zu gehen und für Herrn Beier Anlass offiziell der BI beizutreten.

Erst durch die Öffentlichkeitsarbeit der BI wurde Herr Elbers gesprächsbereit. Diesen Fakt erkennt Herr Beier zwar an, möchte aber jetzt für sich persönlich und seine Landgärtnerei eine einvernehmliche Lösung mit dem Landwirt im Gespräch finden, weshalb er wieder aus der BI ausgetreten ist und diese auch nicht unterstützt.

Die BI hat es sich zum Ziel gesetzt, gegen diese Art von Tierhaltung zu protestieren und zu versuchen, diese prinzipiell zu verhindern, wendet sich aber grundsätzlich nicht gegen die Landwirtschaft.

Für uns sind Abdeckungen der Güllebehälter oder Filter, die bei dieser Anlage aus Rentabilitätsgründen ja nicht einmal eingebaut werden sollen, keine Lösung. Das Problem bleibt bestehen, denn die Gülle kommt unweigerlich auf die Felder und das Leben der Tiere wird dadurch ebenfalls nicht erträglicher.

Herr Elbers hat, lt. seinen eigenen Worten im Markt, den Antrag im Oktober 2014 gestellt, aber im Sommer fand schon die Unterschriftenaktion statt. Wie passt das zeitlich zusammen? Wie kann jemand eine Unterschriftenaktion beginnen, wenn noch gar nichts bekannt ist?

Ferner behauptet Herr Elbers zu Unrecht, die Berechnungen der BI bezüglich des Gülleaufkommens seien falsch. Fakt ist, dass sich die BI zu diesem Punkt überhaupt nicht geäußert hat. Herr Elbers bezieht sich bei seinen Angaben auf eine Veröffentlichung der CDU, welche sich wiederum auf wissenschaftliche Untersuchungen der landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Sachsen-Anhalt (Behörde) stützt. Diese behördlichen Untersuchungen können wohl als objektiver angesehen werden als die von der bekanntermaßen parteiischen Landwirtschaftskammer, auf welche sich Herr Elbers stützt.

Die Begrenzung der Mastplätze auf knapp unter 1.500 Stück legen den Schluss nahe, strengere gesetzliche Auflagen zu umgehen, wie beispielsweise eine Filterpflicht nach dem aktuellen Stand der Technik.

Bauer Elbers definiert eine Massentierhaltung erst ab einer Größe von 10000 Tieren. In Wahrheit ist die Dichte der Tierhaltung auf der Fläche entscheidend für die Beschreibung der „Masse“. Nach seiner Spezifikation hat Hoisdorf hier noch einiges

zu erwarten. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, warum Herr Elbers nicht eine Anlage mit 9999 Tieren beantragen möchte, doch wohl nur aus dem einen Grund, weil ab 1500 Tieren strengere Auflagen gelten.

Massentierhaltung oder auch Intensivhaltung hat nicht unbedingt etwas mit der absoluten Zahl von Mastplätzen zu tun, sondern auch mit Tierschutz. Die Schweine haben max. 0,75 qm, um sich zu bewegen. Die Tiere sind intelligent und haben als Jungtiere einen großen Bewegungsdrang. Das fördert Kannibalismus, Aggressivität und Krankheiten. Warum werden denn sonst beispielsweise die Schwänze abgeschnitten oder abgebissen?

Ferner können bei Haltung von vielen Tieren auf engem Raum oft Medikamente, wie Herr Elbers schreibt, bei ansteckenden Krankheiten nicht nur einzeln verabreicht werden, sondern es müssen Präventivmaßnahmen für die anderen Tiere ergriffen werden.

Selbstverständlich ist bei der Erweiterung dieser Anlage um eine zweite oder dritte, ein Genehmigungsverfahren erforderlich. Wenn dieses allerdings ähnlich extrem wohlwollend von der Gemeindevertretung durchgewunken wird, wie es bei diesem Verfahren den Anschein zu haben scheint, wer schützt die Bürgerinnen und Bürger von Hoisdorf dann davor?

Herr Elbers sagt ferner, dass der zukünftige Stall nach dem neuesten Stand gebaut wird. Eine Erweiterung an dem jetzigen Standort (Hainholz) wäre wohl nur mit dem Einbau einer Luftwäschanlage genehmigungsfähig gewesen, da sonst der angrenzende Wald in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Warum zählt die Gesundheit der im Gebiet des Wastenfelder Redders wohnenden Menschen weniger als der Wald?

Es ist auch nicht nachvollziehbar, dass „der Markt mit billigen Bioprodukten überschwemmt“ sein sollte, dies ist bei konventionellem Schweinefleisch mit Sicherheit der Fall, denn Deutschland ist Vizeweltmeister im Schweinefleischexport.

Herr Elbers spricht von einem Ausbau vom Sieker Berg bis zur geplanten Mastanlage für den Schwerverkehr. Wer garantiert, dass nicht auch Schwerverkehr den anderen Weg über Baumkaten nimmt, wenn dieser erheblich kürzer ist und damit für die Gemeinde unabsehbare Folgekosten entstehen, da diese Verbindungsstraße für diese Lasten nicht ausgelegt ist?

Wenn die Presse missbraucht wird, um Unwahrheiten zu verbreiten, dann ist das weder fair noch sachlich!